

Bolivien: auf dem Weg in die Unregierbarkeit?; der dritte Präsident in drei Jahren

Marmon, Tangmar

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Marmon, T. (2005). *Bolivien: auf dem Weg in die Unregierbarkeit?; der dritte Präsident in drei Jahren*. (Brennpunkt Lateinamerika, 12). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444142>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 12

22. Juni 2005

ISSN 1437-6148

Bolivien – auf dem Weg in die Unregierbarkeit?

Der dritte Präsident in drei Jahren

Tangmar Marmon

Die heftigen Proteste, die Bolivien in den letzten Wochen und Monaten erschütterten, zeigen: Das Land steckt in einer tiefen politischen Krise, die gekennzeichnet ist vom nahezu vollständigen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die politischen Institutionen. Diese ihrerseits sind gekennzeichnet von Korruption, Klientelismus und der Unfähigkeit, die drängenden ökonomischen Probleme des Landes zu lösen. Die Bevölkerung trägt wegen der mangelnden Aufnahmefähigkeit der Politik deshalb ihre Forderungen lautstark auf der Straße vor. Demonstrationen, Straßenblockaden und Streiks lähmen die ohnehin schon schwache Wirtschaft und bringen Bolivien an den Rand des wirtschaftlichen wie politischen Zusammenbruchs. Ähnlich wie bereits nach dem Rücktritt von Präsident Sánchez de Lozada im Oktober 2003 hofft die Bevölkerung auch nach dem Rücktritt Präsident Mesas Anfang des Monats, das Land könne endlich den Weg aus der Krise finden. Eine nähere Betrachtung der Konfliktodynamiken, die seit Jahren unverändert die gleichen sind, lassen Prognosen über die Zukunft aber nicht allzu optimistisch ausfallen.

Als am 6. Juni Präsident Carlos Mesa nach noch nicht einmal 20 Monaten im Amt seinen Rücktritt einreichte, war innerhalb von drei Jahren der zweite Präsident Boliviens an den massiven Protesten verschiedener sozialer Bewegungen gescheitert. Mesa hatte am 6. Juni seinen Rücktritt eingereicht (der wenig später vom Kongress bewilligt wurde), nachdem Proteste und zunehmende Gewalt auf den Straßen eine Beherrschung der Lage mit friedlichen Mitteln immer unmöglicher erscheinen ließen. Die Hauptstadt La Paz war wochenlang durch Blockaden gelähmt worden, ebenso wie die meisten Hauptverkehrsstraßen des Landes. Nachdem Senatspräsident Hormando Vaca Díez und der Chef des Abgeordnetenhauses Mario Cossío im Rahmen der konstitutionellen

Nachfolgeregelung auf das Amt verzichtet hatten, wurde Eduardo Rodríguez, der Chef des Verfassungsgerichts, zum Interimspräsidenten ernannt. Seine Aufgabe ist es nun, Neuwahlen auszurufen.

Mesa war selbst ins Präsidentenamt berufen worden, nachdem sein Vorgänger Gonzalo Sánchez de Lozada nach wochenlangen massiven Protesten mit mehr als 60 Toten im Oktober 2003 zurücktreten musste und in die Vereinigten Staaten geflohen war. Der Rücktritt Mesas kam nicht überraschend – er hatte ihn in diesem Jahr bereits zwei Mal angeboten. Dennoch verdeutlicht gerade sein Rücktritt anders als der seines Vorgängers die strukturelle Pattsituation, in die sich Bolivien manövriert hat. Im Oktober 2003 war Gonzalo Sánchez de Lozada gar keine andere Wahl mehr

geblieben als der Rücktritt, nachdem er eine blutige Niederschlagung der Proteste zu verantworten gehabt hatte, bei der mehr als 60 Menschen den Tod fanden. Sánchez de Lozada hatte innerhalb kürzester Zeit den Rückhalt in der Bevölkerung und im Parlament verloren. Nachdem sich schließlich sein Vizepräsident Carlos Mesa, einige Minister und das Militär von ihm distanziert hatten, trat er die Flucht ins Ausland an. Mesa hingegen hatte sich bis zum Schluss geweigert, die Proteste gewaltsam zu unterdrücken. Sein erstes Rücktrittsgesuch war vom Parlament abgelehnt worden, selbst von seinem prominentesten Widersacher, dem Oppositionsführer Evo Morales.

Auch stand das Militär, das Mesa sich weigerte, einzusetzen, über die gesamte Dauer der Konflikte treu zu ihm. Ein Aufruf von drei hohen Offizieren zu einem Putsch, um die Ordnung in Bolivien wieder herzustellen, wurde von den übrigen Offizieren sofort zurückgewiesen. Die Hazardeure wurden disziplinarisch zur Verantwortung gezogen. Angesichts des Drucks der Straße reichte dieser Rückhalt jedoch nicht aus, um Präsident Mesa an der Macht und handlungsfähig zu halten. Er hatte sich innerhalb kürzester Zeit von einer Hoffnungsfigur zu einer weiteren Enttäuschung für die verarmte indigene Mehrheit der Bevölkerung gewandelt.

Biographische Kurzinformationen zu ausgewählten politischen Akteuren

Carlos Mesa

Mesa (geboren 1953) ist von Haus aus Historiker und Journalist. Jahrzehntlang war er einer der prominentesten und einflussreichsten politischen Analysten. 2002 holte ihn Sánchez de Lozada als seinen Vizepräsidenten (und, wie viele ihm vorwarfen, intellektuelles Aushängeschild) in die Politik. Zu Mesas herausragenden Projekten als Vizepräsident zählte die Institutionalisierung der Korruptionsbekämpfung. Nachdem er im Oktober 2003 nach einer Woche blutiger Niederschlagung der Proteste an die Macht kam, genoss er gerade aufgrund seines Profils als parteiloser Intellektueller, der nicht von der Politik korumpiert worden war, hohes Vertrauen und Ansehen. Im Gegensatz zu Sánchez de Lozada bescheinigten die meisten Bolivianer Mesa trotz der Proteste gegen seine Regierung große persönliche Integrität. Letztlich scheiterte er daran, dass er nicht ein Gesetz unterzeichnen wollte, das eine Erhöhung der Abgaben und Steuern der Erdgasunternehmen einführte. Mesa fürchtete Schadensersatzklagen, die Bolivien, wie er immer wieder betonte, niemals bezahlen könne.

Evo Morales

Evo Morales kommt ursprünglich aus der Gewerkschaftsbewegung. Nachdem er innerhalb der indigenen Bauerngewerkschaft CSUTCB (*Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia*) aufgestiegen war, gründete er 1987 den MAS. Trotz der anhaltenden und teilweise kompromisslosen Ablehnung der großen multilateralen Geber (sowie der USA) hat sich Morales' politisches Profil deutlich entradikalisiert – er trägt mit seiner Partei immer wieder politische Projekte mit, die die Unterstützung des Parlamentes brauchen, obwohl er sich politisch mit einer Ablehnung mehr profilieren könnte. Morales sucht vor allem eine sozialere Wirtschaftspolitik mit einer stärkeren Umverteilung zugunsten der Armen sowie mehr staatliche Marktsteuerung zu erreichen.

Eduardo Rodríguez

Der 49-jährige Rodríguez besitzt kein politisches Profil und bezeichnet sich selbst auch nicht als Politiker. In seiner Funktion als Präsident des Verfassungsgerichtes wurde er am 10. Juni zum Präsidenten der Republik ernannt, nachdem die Präsidenten der beiden Kammern des Kongresses auf das Amt verzichtet hatten. Rodríguez' Aufgabe wird es vor allem sein, Neuwahlen einzuleiten und durchzuführen. Sein Mandat dürfte damit auf wenige Monate beschränkt sein. Rodríguez studierte in Bolivien und den USA. Er arbeitete als Berater verschiedener Ministerien und als Dozent für Rechtswissenschaft in Bolivien. Wie Mesa ist auch Rodríguez parteilos.

Der Stolperstein bolivianischer Politik: Das Gas

Wie Sánchez de Lozada war Mesa letztlich über das Thema Gas gestolpert. Hatten sich die Proteste im Oktober 2003 noch an dem geplanten Export von Gas via Chile in die USA entzündet, so erfuhren die Forderungen diesmal eine qualitative Steigerung, indem die Nationalisierung der Gasindustrie gefordert wurde.

Bolivien besitzt mit 52,3 TCF¹ nach Venezuela die zweitgrößten Erdgasreserven Südamerikas. Seit der Privatisierung des Marktes 1996 durch die erste Regierung von Sánchez de Lozada liegt die Ausbeutung der Reserven im Wesentlichen bei den folgenden Unternehmen: *Repsol-YPF* (Spanien, Argentinien), *British Gas* (Großbritannien), *Petrobrás* (Brasilien), *Total Fina Elf* (Frankreich, Italien), *British Petroleum* (Großbritannien) sowie *Exxon-Mobil* (USA). Von ihnen wurden bisher ca. US\$ 3,5 Mrd. in die Gasförderung investiert. Seit 2000 haben sich die Gasexporte in die Nachbarländer (allen voran Argentinien und Brasilien) verfünffacht und machen nun ein Drittel aller Exporte Boliviens aus. Boliviens Anteil am lateinamerikanischen Gasmarkt ist auf mittlerweile über 16% gestiegen, und Erdgas ist nach Soja der zweitwichtigste Sektor der bolivianischen Exportwirtschaft. Damit stellen die Steuereinnahmen aus dem Gasgeschäft für den Staat die wichtigste Einnahmequelle überhaupt dar.

Bolivien hat jetzt die Chance, zu einem strategischen Zentrum der Energieversorgung in Lateinamerika zu werden: Es existieren Abnahmeverträge mit Brasilien und Argentinien und weitere mögliche Märkte in Mexiko, den USA und Chile, deren Gasverbrauch in Zukunft vermutlich noch steigen wird (vgl. Brennpunkt Lateinamerika 11/2005). Allerdings hat die staatliche YPFB (*Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos*) nicht die Expertise und das Kapital, die weitere Erschließung der Gasfelder voranzutreiben. Dies können im Augenblick nur die oben genannten großen Player im Gasgeschäft erreichen. Diese bieten Bolivien gleichzeitig die Möglichkeit, eine, wenn auch minimale, Diversifizierung seiner Exportwirtschaft voranzutreiben. Der größte Teil der Exporte (21%) sind im Augenblick noch Sojaprodukte, deren Wettbewerbsfähigkeit angesichts der immer größeren Konkurrenz durch brasilianische und argentinische Sojaproduzenten jedoch nicht gesichert ist. Hier kommt dem Gas große Bedeutung zu, vor allem, da es die Mög-

lichkeit einer Diversifizierung durch den Aufbau einer chemischen Industrie birgt.

Die Proteste, die die Präsidenten Sánchez de Lozada und Mesa zu Fall gebracht haben, drehen und drehen sich in Bezug auf das Gas im Wesentlichen um zwei Pole: zum einen die wirtschaftliche Bedeutung der Gasreserven für Bolivien, zum anderen ihre politische Symbolik. Mehr als 70% der Bolivianer messen dem Gas eine übertragende Bedeutung für die Entwicklung des Landes und einen Ausweg aus der ökonomischen Krise Boliviens bei. Gleichzeitig befürchten jedoch die verschiedenen sozialen Bewegungen vor allem des Hochlandes, dass die Förderung des Erdgases durch ausländische Unternehmen zu viele Gewinne in das Ausland abfließen lasse und nur ein Bruchteil für Bolivien selbst bleibe. Von einer Nationalisierung der Erdgasförderung erwarten sie sich, dass in Zukunft keine weiteren Gewinne mehr ins Ausland transferiert werden. Die Argumentation, die dieser Forderung zugrunde liegt, ist eher historisch als wirtschaftlich: Jahrhundertlang wurde in Bolivien während der Conquista Silber aus den Minen von Potosí gefördert, das fast vollständig aus dem Land gebracht wurde. Das historische Trauma über die vielen Toten, die wegen der brutalen Praktiken der Spanier zu beklagen waren, und die Ironie, dass Potosí, das damals so reich an Bodenschätzen war, heute das ärmste und unterentwickelteste Departamento in Bolivien ist (mit einem *Human Development Index* (HDI) von 0,521 – der nationale HDI von Bolivien liegt bei 0,641), lassen Befürchtungen aufkeimen, ein ähnliches Muster könne sich heute im Falle der Gasförderung wiederholen. Vor allem die arme indigene Bevölkerungsmehrheit fühlt sich von dieser Argumentation angesprochen.

Eine Renationalisierung – die Gasindustrie war bereits von 1937 bis 1941 und von 1969 bis 1996 in Händen der staatlichen YPFB – würde jedoch nicht nur auf massive Bedenken seitens des IWF stoßen, auf dessen Druck bereits 1996 die Privatisierung erfolgte, sondern auch die strukturellen Probleme einer staatlichen Gasindustrie wiedererwecken: Der Fiskus würde sich immer stärker von den Einnahmen aus dem Gasexport abhängig machen, worüber die Diversifizierung der Exportwirtschaft in den Hintergrund rücken würde. Boliviens Rolle als Exporteur von wenigen Primärgütern bliebe bestehen.

¹ Trillion Cubic Feet (52,3 TCF \approx 1464,4 Mrd. m³).

Die Akteure

Bemerkenswert ist, dass die sozialen Bewegungen, die traditionell eine Vielzahl verschiedener Partikularinteressen artikulieren, die normalerweise kaum miteinander vereinbar sind, in der Nationalisierung der Gasindustrie ein sie einigendes Motiv gefunden haben, in dem sich scheinbar alle wiederfinden. Es ist gerade die Möglichkeit einer vereinfachenden Polarisierung, aus der die sozialen Gruppierungen ihre Kraft und gemeinsame Stoßrichtung gegen „die Politiker“ im Allgemeinen ableiten: Auf der einen Seite steht demnach die politische Elite Boliviens, die an ausländischen Direktinvestitionen interessiert ist und sich von den Steuern durch die Gasförderung wachsende Staatseinnahmen und ein schrumpfendes Haus-

haltsdefizit verspricht. Die andere Front bildet eine tendenziell nationalistisch gesinnte Bevölkerungsmehrheit, die aus Angst vor einem weiteren Zyklus bolivianischen Wirtschaftswachstums ohne Entwicklung mit allen Mitteln den „Ausverkauf“ der nationalen Bodenschätze verhindern will. Dass die verschiedenen sozialen Bewegungen es dabei schafften, zwei Präsidenten zu stürzen, dürfte ihnen auf absehbare Zeit noch mehr Schwung verleihen.

Solche Vereinfachungen der politischen Krise, die Bolivien im Augenblick durchlebt, werden vonseiten einzelner Führer sozialer Bewegungen gezielt betrieben, um zu verhindern, dass die Bewegung im Grunde sehr heterogener Gruppen auseinanderbricht und damit an Schlagkraft verliert.

Kurzinformationen zu ausgewählten Parteien

MNR

Der MNR (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*) ist die älteste der relevanten bolivianischen Parteien. Er wurde 1941 vom späteren Staatspräsidenten Victor Paz Estenssoro gegründet. Der MNR erreichte in den letzten Jahrzehnten bei nationalen Wahlen immer einen der ersten beiden Plätze. Der MNR setzte immer wieder Reformen der politischen und wirtschaftlichen Modernisierung (zuletzt durch die Regierung Sánchez de Lozada 1992-97) durch. Dies war wohl auch aufgrund eines nicht eindeutig identifizierten ideologischen Profils möglich.

MIR

Der MIR (*Movimiento de la Izquierda Revolucionaria*) wurde 1971 gegründet. Er ist die zweitgrößte traditionelle Partei Boliviens. Sein Profil trägt, im Rahmen einer gewissen ideologischen Bandbreite, marxistisch-leninistische Züge. Von 1989 bis 1993 stellte er mit Jaime Paz Zamora den Präsidenten.

ADN

Die ADN (*Acción Democrática Nacionalista*) wurde 1979 durch den früheren Militärdiktator General Banzer gegründet. Während die ADN ursprünglich ein eher konservativ-liberales Profil hatte, versuchte sie dieses Ende der 90er Jahre um die Aspekte der sozialen Gerechtigkeit und Armutsreduzierung zu erweitern. Die ADN stellte von 1997 bis 2002 mit Banzer den Präsidenten.

MAS

Der MAS (*Movimiento al Socialismo*) wurde 1987 gegründet. Er ging aus der Kokabauern-Bewegung unter ihrem Führer Evo Morales hervor. Ihren bisher größten Erfolg erzielte die Partei als zweitplatzierte in den letzten Wahlen. Bei vorgezogenen Neuwahlen im Herbst werden Evo Morales die bisher besten Chancen auf die Präsidentschaft eingeräumt, wobei er aufgrund der Besonderheiten des bolivianischen Wahlsystems nicht automatisch Präsident werden würde, falls der MAS als bestplatzierte Partei abscheidet. Falls kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht, entscheidet der Kongress zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl. Das ideologische Profil ist stark von einer Ablehnung des gegenwärtigen ökonomischen Modells und der internationalen multilateralen Finanz- und EZ-Organisationen wie Weltbank, IWF, IADB etc. geprägt.

MIP

Der MIP (*Movimiento Indigenista Pachakuti*) wurde 2000 gegründet. Die Partei unter ihrem Führer Felipe Quispe formuliert wohl am radikalsten eine angestrebte Veränderung des politisch-ökonomischen Modells Boliviens. Ziel ist die Errichtung eines *Aymara*-Staates, was allerdings nur ungenaue politische Zielvorstellungen impliziert.

Übersicht: Die Parteien im Parlament (Wahlperiode 2002 – vorr. Herbst 2005)

Emblem	Name	Erhaltene Stimmen (in Prozent)	Abgeordnete
	UCS – Unión Cívica Solidaridad	5,51	5
	NFR – Nueva Fuerza Republicana	20,91	25
	ADN – Acción Democrática Nacionalista	3,39	4
	MIR – Movimiento de la Izquierda Revolucionaria	16,31	26
	MAS – Movimiento al Socialismo	20,94	27
	MIP – Movimiento Indigenista Pachakuti	6,09	6
	MNR – Movimiento Nacionalista Revolucionario	22,46	27
	PS – Partido Socialista	0,65	1

Quelle: Friedrich Ebert-Stiftung: Kurzbericht Andenländer 2002.

Bolivien verfügt über eine traditionell sehr starke Zivilgesellschaft, die ihr Komplement in schwachen Regierungen findet. Die Akteure lassen sich in verschiedene Gruppen aufteilen: Die zahlenmäßig stärkste Gruppe sind die Einwohner von El Alto, einem Satelliten von La Paz, der in der Mehrzahl von armen *Aymaras* bewohnt wird, die aus dem Altiplano gekommen sind, in der Hoffnung, in La Paz Arbeit zu finden. Diese Gruppe ist weitaus weniger homogen als sie in der aktuellen Auseinandersetzung auf den ersten Blick erscheint. Man kann sie unterteilen in verschiedene Nachbarschaftsvereinigungen (*Juntas Vecinales*), die je nach wirtschaftlicher Situation oder Tätigkeit ihrer Mitglieder verschiedene Forderungen vertreten.

Aus El Alto bezieht auch Evo Morales einen Teil seiner Unterstützung. Morales ist der Anführer der Kokabauern aus dem tropischen Chapare-Tiefland. Dort hat er gleichzeitig seine stärkste Basis. Seine Partei, der MAS (*Movimiento al Socialismo*) hat sich seit den Wahlen 2002 zur zweitstärksten Kraft im Parteiensystem gewandelt. Morales, ebenfalls ein *Aymara*, sieht sich und seine Partei als Alternative zu den traditionellen Parteien MIR (*Movimiento de la Izquierda Revolucionaria*), MNR (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*) und ADN (*Acción Democrática Nacionalista*). Mit zunehmender Beliebtheit bei den Wählern entradikalisierte sich der MAS zwar, gleichzeitig nimmt die Partei aber eine paradoxe Dop-

pelrolle ein, denn sie sieht ihre Arena nicht nur im Parlament, sondern profiliert sich immer wieder auch als außerparlamentarischer Spieler. Auch während der Konflikte der letzten Monate führte der MAS die Proteste auf der Straße an und agierte zur gleichen Zeit im Parlament.

Anders als im Oktober 2003 spielte der radikale Felipe Quispe diesmal eine untergeordnete Rolle. Der Chef des MIP (*Movimiento Indigenista Pachakuti*) strebt eine totale Zerstörung des politischen und wirtschaftlichen Systems „des Imperialismus und Kapitalismus, Neoliberalismus und der Globalisierung“ an und will einen *Aymara*-Staat gründen. Auch Quispe verstrickt sich ähnlich wie Morales in Widersprüche, wenn er eine Partei gründet und sich innerhalb der legalen Prozedere zur Präsidentenwahl aufstellt, gleichzeitig aber in seiner bekannt radikalen Rhetorik eine Beteiligung am politischen System Boliviens als Verrat an der indigenen Sache ablehnt.

Neben den *Juntas Vecinales* aus El Alto sind die Gewerkschaften die mächtigsten sozialen Bewegungen und wichtige Veto-Player im politischen System. An den Gewerkschaften vorbei Gesetze zu machen, ist schwierig, da sie das Potenzial haben, durch Blockaden und Demonstrationen das gesamte öffentliche Leben in Bolivien lahm zu legen. Die COB (*Central Obrera Boliviana*) ist der Dachverband der Gewerkschaften. Sie besteht zum größten Teil aus Minenarbeitern, den *Mineros*. Diese stellen nach wie vor die mächtigste (und radikalste) Gruppe der bolivianischen Arbeiterschaft dar. Zwar spiegelt dies nach dem Verfall der Zinn-Industrie nicht mehr die Realitäten auf dem Arbeitsmarkt wider, aber der wirtschaftliche Niedergang des Bergbaus wirkte sich bis heute erst partiell auf einen Bedeutungsverlust der Gewerkschaften aus.

Eine untergeordnete Rolle spielen die *Indígenas* des Tieflandes, die vor allem im *Movimiento Sin Tierra* (MST) organisiert sind. Gelegentlich traten sie jedoch in den vergangenen Monaten in Erscheinung, als sie Gasfelder blockierten und in Santa Cruz für die Nationalisierung der Bodenschätze demonstrierten.

Die Gegenposition zu den *Indígenas* hält die reiche weiße Ober- und Mittelschicht von San-

ta Cruz, vor allem Unternehmer und Arbeitnehmer im Agrar- und Erdgassektor. Sie sehen eine mögliche Verstaatlichung als ein marktfeindliches, sozialistisch geprägtes Modell, das entwicklungshemmend wirkt. Sprecher dieser Gruppe ist das *Comité Pro Santa Cruz*, das lautstark eine Autonomie des Departamentos Santa Cruz fordert (unterstützt vom Departamento Tarija, das zusammen mit Santa Cruz über den Großteil der Gasreserven verfügt).

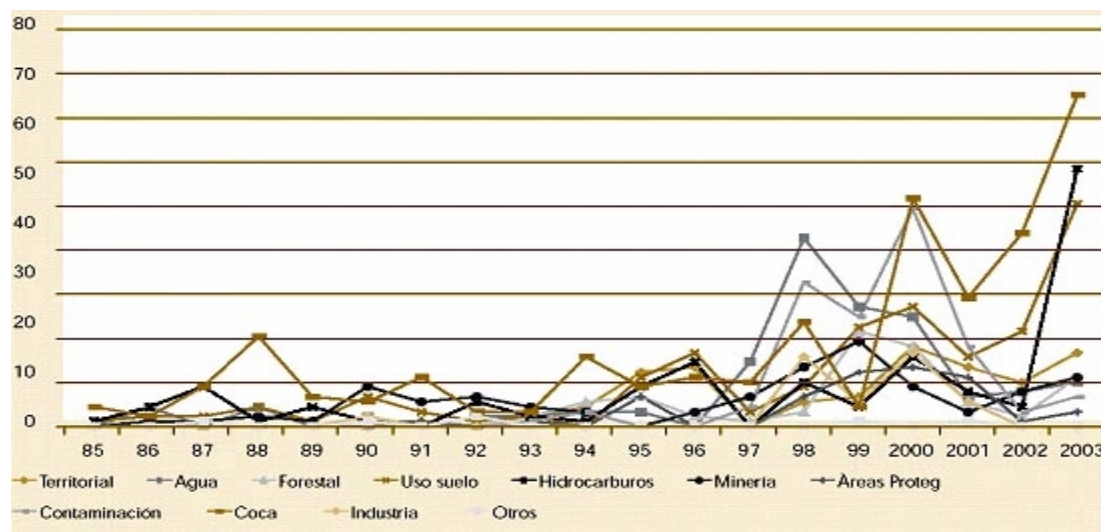
Zwei Eigenschaften sind für die oben genannten sozialen Gruppen kennzeichnend: Zum einen differenzieren sie sich je nach Konfliktlage in eine Vielzahl weiterer Akteursgruppen (etwa Rentner, Lehrer, Studenten, Polizisten, Ärzte etc.) aus, zum Anderen gehen die unterschiedlichen Gruppen ständig neue Ad-hoc-Koalitionen ein. Die starke Fragmentation der sozialen Akteure und die aus den wechselnden Allianzen hervorgehende veränderte Konfliktfähigkeit (etwa in Bezug auf Mobilisierungs- und Blockadepotenzial) sorgte in der Vergangenheit dafür, dass in Bolivien Konflikte nicht in langsam an- und absteigenden Wellen entstehen, sondern schlagartig explodieren, genauso schnell aber auch wieder zu Ende sind.

Die traditionellen politischen Parteien MIR, MNR und ADN schließlich bieten ein uneinheitliches Bild: Sie sind in sich und untereinander zerstritten. Einig waren sie sich in den letzten zwei Jahren einzig darin, Carlos Mesa meist die Unterstützung zu verweigern.

Konfliktursachen

In den letzten Jahren nahmen die Konflikte in Bolivien an Ausmaß und Intensität immer stärker zu, wobei man einen sprunghaften Anstieg der Protesthäufigkeit mit dem Beginn der ökonomischen Krise des Landes Mitte der 90er Jahre ausmachen kann (siehe Grafik 1). Damit ist bereits eine erste Konfliktursache identifiziert – die schlechte ökonomische Situation. Es lassen sich jedoch einzelne Konfliktissues ausmachen, die aktuelle Anlässe für die kollektive Unzufriedenheit darstellen und nur mittelbar mit der generellen Konjunktur zu tun haben. Sie können verschiedenen Politikfeldern zugeordnet werden.

Grafik 1: Konflikthäufigkeit pro Jahr in Bolivien



Quelle: PNUD (Hrsg.): Informe Nacional de Desarrollo Humano 2004. La Paz 2004.

Die latenten Konflikte, die in den letzten Jahren immer häufiger aufbrechen, drehen sich hauptsächlich um die Themen Kokaanbau bzw. -Eradikation, Landverteilung, Gas, Korruption und die soziale und politische Ausgrenzung der *Indígenas*. Die (außerparlamentarischen) Akteure teilen dabei unabhängig des jeweiligen Konfliktgegenstandes eine grundlegende Überzeugung: Das politische System Boliviens hat bei der Bewältigung der großen sozialen Konflikte versagt. Je nach Konfliktissue unterscheiden sich aber die Argumentationen: Im Falle der Koka werfen die Bauern der Regierung vor, sie lasse sich von den USA (auf deren Druck und mit deren Finanzierung ein Großteil der Eradikationsprogramme durchgeführt werden) ihre Politik diktieren. Sie fordern, Bolivien solle interne Angelegenheiten ohne Rücksicht auf weltpolitischen Druck regeln; gleichzeitig wird die Koka zum Symbol traditioneller indigener Kultur erklärt (eine Haltung, die nicht alle *Indígenas* teilen) und somit die Eradikationsprogramme als Verachtung dieser Kultur dargestellt. Tatsächlich ist das Problem vielschichtiger: Kokaanbau für den Eigenbedarf ist durchaus legal. Der großflächige Anbau, der den internationalen Kokainhandel nährt, ist jedoch illegal.

Eine ähnliche Stoßrichtung weisen die Konflikte um die Privatisierung der Staatsbetriebe Ende der 90er Jahre auf, sowie der Widerstand gegen die Erhöhung der Wassertarife 2000, die *Guerra del gas* 2003 und schließlich die gegenwärtigen Proteste. Angeprangert werden die neoliberale Wirtschaftspolitik und die Strukturanpassungsmaßnahmen des Staates, die oft auf Druck der Weltbank und des IWF hin geschehen. Dabei wird Bolivien als Opfer eines von diesen unge-

liebten Organisationen ausgehenden *Neocolonialismo* dargestellt. Besonders betont wird dabei, dass die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleibe und Entwicklungsfortschritte des Landes, soweit überhaupt vorhanden, nicht bei den Armen ankämen. Diese Wahrnehmung ist insofern zutreffend, als dass in Bolivien soziale und ethnische Schichtenbildung synchron verlaufen und heute wie bereits vor 400 Jahren eine koloniale Prägung aufweisen – Armut ist in Bolivien vor allem indigen. Dieser Sachverhalt wird von den Bolivianern mit der Redewendung des *Colonialismo interno* beschrieben: Die interne Gesellschaftsstruktur von aus der Kolonialzeit überlieferten Abhängigkeits- und Machtbeziehungen trägt für viele die Züge einer Apartheid, einer systematischen Ausgrenzung der *Indígenas* aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben. Deutlich sichtbar wird dieses Konfliktmuster bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen. Die Akteursfronten versinnbildlichen die „zwei Bolivien“, die der beschriebenen inneren Apartheid geschuldet sind: Das arme indigene Hochland widersetzt sich der privatwirtschaftlichen Ausbeutung der Gasreserven, das reiche, okzidentale, weiße Bolivien der Industriellen (allen voran die Departamentos Santa Cruz und Tarija) verteidigt diese.

Hier werden grundsätzliche soziale Bruchlinien deutlich, die verschiedene gesellschaftliche Identitäten markieren. Das Entwicklungsprogramm der UN hat sieben verschiedene *Cleavages* ausgemacht, von denen im Wesentlichen vier den sozialen Konflikten zugrunde liegen (vgl. Tab. 1). Auf politischer Ebene ist das herausragende Konfrontationsmuster „Bevölkerung gegen Regierung“: Über 60% der Proteste der vergange-

nen Jahre richteten sich gegen die Zentralregierung, etwas mehr als 10% gegen lokale Regierungen. Nur 5% der Proteste sind klassische Arbeitskämpfe, die sich direkt gegen ein privates Unternehmen richten. Ein zweites *Cleavage* ist das bereits angesprochene geografische: „Okzident contra Orient“ bzw. „Altiplano-Hochland gegen das Tiefland“. Dieses Konfliktmuster ist jedoch letztlich weniger ein geografisches als vielmehr ein ethnisches („*Indigena* versus Nicht-*Indigena*“) bzw. ökonomisches („arm versus reich“), denn das Hochland wird mehrheitlich von der armen indigenen Bevölkerung bewohnt, während das Tiefland durch die Provinzen Santa Cruz und Tarija repräsentiert wird, in denen viele reiche Industrielle mit europäischen Wurzeln leben.

Tabelle 1: Konfliktrelevante Cleavages der bolivianischen Gesellschaft

Sich gegen- überstehende Akteure	Konfliktbezug	Cleavage- Typ
Regierung – Volk	Regierende – Regierte	Politisch
Osten – Westen	Peripherie – Zentrum	Geografisch
Indigen – Nicht indigen	Tradition – Modernisierung	Ethnisch
Reich – Arm	Wohlstand – Verarmung	Klasse

Quelle: PNUD (Hrsg.) (2004): Informe Nacional de Desarrollo Humano 2004. La Paz.

Dass der Staat, so wie er im Augenblick existiert, für die angesprochenen Probleme noch eine Konfliktlösungskompetenz besitze, daran glaubt heute in Bolivien kaum noch jemand.

Neben der prekären ökonomischen Lage des Landes, die der Regierung zugeschrieben wird, spielen hier zwei weitere Aspekte eine Rolle: ein notorischer Mangel an Vertrauen in die staatlichen Institutionen und die Parteien sowie deren Unfähigkeit, eine wirkungsvolle Konfliktkanalisierung und -bewältigung vorzunehmen. Korrupte Parteien verstehen den Staat vor allem als eine Möglichkeit der Bereicherung und nutzen eine Regierungsbeteiligung gegen die Interessen ihrer Wähler zur Zementierung bestehender Machtstrukturen (kolonialer Prägung). Ein klares programmatisches Profil wird von den meisten Parteien oft zugunsten kurzfristiger Vorteile oder der Regierungsbeteiligung aufgegeben. Dementsprechend gering fällt das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien aus, wie sich regelmäßig in den Umfragen des *Latinobarómetro* ablesen lässt. Diesem Umstand trug Carlos Mesa bei seiner Amtseinführung 2003 übrigens bewusst Rechnung, als er ein Kabinett von Parteilosen aufstellte. Auch wurde aus demselben Grund die Verteidigung von Rodríguez zum Präsidenten als die beste Möglichkeit im Rahmen der konstitutionellen Nachfolge gesehen, denn Rodríguez bezeichnet sich selbst nicht als Politiker und hat auch keine politische Vergangenheit, die ihn negativ belasten könnte.

Tabelle 2: Zustimmung zu und Zufriedenheit mit der Demokratie

Zustimmung zu der Frage „Die Demokratie ist jeder anderen Regierungsform vorzuziehen“ (in %)

	1996	1997	1998	2000	2001	2002	2003	2004
Bolivien	64	66	55	62	54	56	50	45

„Sehr bzw. ziemlich zufrieden“ mit der Demokratie sind (in %):

	1996	1997	1998	2000	2001	2002	2003	2004
Bolivien	25	34	34	22	16	24	25	16

Quelle: Latinobarómetro 2004.

Das Konzept von Politik als einer Eliteangelegenheit sowie das daraus abgeleitete Verständnis, das Politiker und Beamte von ihrer Aufgabe haben, hat sich seit kolonialen Zeiten bis heute nicht wesentlich geändert. Dies impliziert auch eine Geringschätzung der indigenen Kulturen Boliviens, wie sie immer wieder von Politikern

zum Besten gegeben wird. Als nach dem Rücktritt von Präsident Mesa fraglich war, ob Horlando Vaca Díez, der Senatspräsident, im Rahmen der konstitutionellen Regelungen Präsident werden und damit eine Eskalation der Proteste riskieren würde, äußerte er sich dahingehend, dass er die Forderungen der Demonstranten als

den Wunsch nach einem nationalen Konsens auffasse, an den er sich nicht gebunden fühle. Die Demonstranten sahen sich durch diese Äußerun-

gen in ihrer Ablehnung der traditionellen Politiker nur bestätigt.

Tabelle 3: Die Glaubwürdigkeit der Regierenden (2002)

Die Regierenden erfüllen ihre Versprechen (in %)		
Ja: 2,6	Nein: 96	k.A.: 1,5
Gründe für die Nichterfüllung von Versprechen (in %)		
Die Politiker verkennen, wie kompliziert die Probleme sind		8,9
Andere, dringendere Probleme kommen auf die Agenda		11,3
Das System verhindert, dass die Politiker ihre Versprechen erfüllen können		4,9
Politiker lügen, um die Wahl zu gewinnen		70,9

Quelle: PNUD (2004): La democracia en América Latina. New York.

Neben einer prämodernen politischen Kultur, die kaum für Vertrauen zwischen den Akteuren sorgen kann, lässt sich weiterhin eine institutionelle Fragilität feststellen, die den Staat in der öffentlichen Wahrnehmung nicht nur als unfähig erscheinen lässt, die öffentliche Ordnung zu gewähren, er wird vielmehr selbst zur Quelle der Unordnung und Unsicherheit. Dies wurde im Februar 2003 besonders deutlich, als sich Einheiten der Polizei und des Militärs tagelang Gefechte im Regierungsviertel von La Paz lieferten. So werden immer wieder Zustände staatlicher Anomie geschaffen, die dafür sorgen, dass der Staat bzw. seine Institutionen nicht mehr die Rolle einer Arena einnehmen, in der die Forderungen des Volkes verhandelt und in politische Konzepte umgesetzt werden können.

Auch auf lokaler Ebene (*Municipios* bzw. *Departamentos*) können die Institutionen diesem Anspruch nicht nachkommen. Da weder staatliche Institutionen, noch die Parteien ihre Rolle der Konfliktartikulation und -kanalisierung in vollem Umfang wahrnehmen, gehen die Bürger mit ihren Forderungen auf die Straße. Die Straße, so heißt es immer wieder, sei der einzige Ort, wo sie noch gehört würden. Die Volksvertretungsfunktion wird also Stück für Stück von den sozialen Bewegungen, allen voran den Gewerkschaften und innerhalb dieser wiederum den Gewerkschaftsführungen, übernommen. Sie stellen alternative Kanäle des Zugangs zum politischen System dar. Dies muss eigentlich erstaunen, denn in der Vergangenheit hat das politische System Boliviens eine große Absorptionsfähigkeit für neue politische Strömungen bewiesen. Protestbewegungen, die eine bestimmte Größe und Homogenität entwickeln konnten, wandelten sich über kurz oder

lang zu Parteien, die ihren Platz im politischen System fanden.

Dabei hängt die Lebensdauer dieser Parteien letztlich vor allem von ihrer programmatischen Attraktivität ab. Während der MAS sich von der *One-Issue-Bewegung* (in diesem Fall die Koka-Politik) hin zu einer selbst für Weiße wählbaren Partei wandelte, überlebte die anfänglich höchst populäre CONDEPA den Tod ihres Gründers nicht, da ihr offenbar über das Charisma ihres Vorsitzenden die programmatische Basis fehlte. Dennoch kann diese Entwicklung nicht über einen zunehmenden Legitimitätsverlust des politischen Systems hinwegtäuschen. Nur aus einer solchen erodierenden Legitimität heraus kann letztlich erklärt werden, dass sich die Menschen alternative Kanäle für ihre Forderungen suchen und die Protestformen sich zunehmend radikalisieren. Auch lässt sich so erklären, warum MAS und MIP, die beiden relativ jungen Protestparteien, nicht nur im Parlament aktiv sind, sondern gleichzeitig auf der Straße, wobei sich die Strategien oft als unvereinbar erweisen: MAS-Chef Morales verurteilte beispielsweise die Entscheidung von Carlos Mesa, per Dekret zu einem Referendum über die Autonomie von Santa Cruz und Tarija und einer verfassungsgebenden Versammlung aufzurufen. Dieses solle nur dazu dienen, den sozialen Bewegungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Er setzte stattdessen auf den Druck der Straße, wobei mitunter der Eindruck entstehen musste, diese Blockadepolitik sei Selbstzweck. So blockierten die Demonstranten unter Beteiligung des MAS tagelang das Regierungsviertel, damit das Parlament nicht zusammentreten konnte und forderten doch gleichzeitig eine Problemlösung durch die Politiker.

Es ist dieses Staatsversagen, die Unfähigkeit der Regierungen, Lösungen anzubieten und die immer noch defizitäre Repräsentation der Bevölkerung, die die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung immer lauter werden lassen. Mit dieser hofft man das Land neu zu erfinden, ihm, wenn auch mit ziemlicher Sicherheit kein neues System, so doch ein neues politisches Fundament geben zu können.

Die Dynamik der sozialen Konflikte in Bolivien

Die Tatsache, dass der Staat oft keinen verbindlichen Ordnungsrahmen mehr darstellt und in vielen Fällen auch nicht rechtzeitig auf Forderungen eingeht, sorgt dafür, dass die oben genannten sozialen Akteure auf den Plan treten. In ihrer frühen Phase sind die meisten Konflikte regional begrenzt. Meist handelt es sich nicht um eine generelle Unzufriedenheit, sondern um enttäuschte Erwartungen einer kleinen Gruppe in Bezug auf spezifische Bereiche, die den lokalen Behörden vorgetragen werden. Es handelt sich also um instrumentelle Vorgänge, die eine spezifische Leistung der Behörden einfordern und nicht um allgemeine Bekundungen von Missmut (Lewis Coser nennt solche Auseinandersetzungen „realistic conflicts“). Erst in einer späteren Konfliktphase werden sie in einen größeren Kontext eingegliedert. Werden die Forderungen von den lokalen Behörden ignoriert, so tritt die betroffene Gruppe meist an Gewerkschaften heran und bittet diese um Hilfe. Die Gewerkschaften besitzen mehr Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht, da sie im Zweifelsfall viele Menschen mobilisieren können. Gleichzeitig jedoch werden die speziellen Forderungen in einen umfassenderen Forderungskatalog eingegliedert, der für den Staat schwieriger zu erfüllen ist. Eine Chance, jetzt noch auf die ursprüngliche Forderung einzugehen, gibt es nicht mehr, da dies hieße, nur Einzelaspekte des gewerkschaftlichen Forderungskatalogs zu erfüllen. Der Staat wird also versuchen, über die Gewerkschaftsforderungen zu verhandeln. Um ihren Forderungen mehr Gewicht zu verleihen, mobilisieren die Gewerkschaften ihre Mitglieder und verlagern den Druck auf die Straße. Dies geschieht regelmäßig: So wurden etwa 2003 321 Konflikte dieser Art im gesamten Land festgestellt. Die am häufigsten angewandten Druckmittel sind Streiks, Blockaden von wichtigen Straßenverbindungen oder Protestmärsche. Durch diese Maßnahmen wird die bolivianische Wirtschaft enorm geschädigt, was wiederum vor allem die Armen trifft, da gerade diese Verdienstaufschläge am schnellsten schmerzhaft spüren.

Dabei entsteht oft Unmut innerhalb der Gewerkschaftsmitglieder über den Kurs ihrer Führung. Dass die einheitliche Protestfront der Gewerkschaften dennoch nicht zusammenbricht, ist der hierarchischen Struktur und dem enormen innerorganisationalen Druck auf einzelne Mitglieder geschuldet.

Auch die sozialen Bewegungen, selbst wenn sie nach außen hin wie eine geschlossene Front erscheinen, stellen bei weitem keine homogene Bewegung dar.

Aus den geschilderten öffentlichen Protesten mit den entsprechenden Folgen für die Wirtschaft und die Bewegungsfreiheit der Menschen leiten sich oft gewaltsame Zusammenstöße zwischen den Sicherheitskräften und den Demonstranten ab. Dass es bei den massiven Protesten der vergangenen Wochen nicht zu einem ähnlichen Szenario gekommen ist wie im Oktober 2003 ist einzig Carlos Mesas Entschlossenheit zu verdanken, nicht mit Gewalt auf die Proteste zu reagieren, obwohl dies oftmals geradezu provoziert wurde. Solche Provokationen erfolgen durchaus mit Kalkül, denn sobald die Regierung mit Gewalt auf die (nicht immer friedlichen) Demonstranten reagiert, schwächt sie ihr Ansehen und ihre Verhandlungsposition noch mehr. Die Gewerkschaften können im Gegenzug mit Verweis auf die Opfer noch kompromissloser auf ihren Forderungen beharren. Dabei treten die verschiedenen sozialen Gruppen gleichsam in einen Wettbewerb der Radikalisierung: Jede Gruppe versucht die andere mit noch radikaleren Mitteln (Dynamitsprengungen, Selbstkreuzigungen, Lippen vernähen oder Hungerstreiks) zu übertrumpfen, wodurch sich nicht nur der Druck auf die Regierung erhöht, sondern auch der Wettbewerb innerhalb der demonstrierenden Gruppen zunimmt. Diese Radikalisierung ist der Überzeugung geschuldet, dass man nicht nur gegenüber dem Staat um Anerkennung und Mittelzuteilung kämpfen muss, sondern gleichzeitig mit anderen potenziellen Empfängern um diese Mittel konkurriert. Die Allokationen des Staates werden dabei als Nullsummenspiel begriffen – was eine Partei gewinnt, entgeht einer anderen. Dies limitiert die Kooperationsmöglichkeiten zwischen der Regierung und den Demonstranten sowie innerhalb der demonstrierenden Sektoren.

Letztlich bleibt der Regierung nichts anderes übrig, als auf die Forderungen der Gewerkschaften einzugehen, um die totale Lähmung des öffentlichen Lebens wieder aufzuheben (was oft nur partiell gelingt). Die Forderungen sind jedoch meist unerfüllbar, was in der Folgezeit dazu führt, dass die Regierung ihr Wort nicht halten

kann. Damit bestätigt sie all jene, die kein Vertrauen in sie haben, und schädigt gleichzeitig ihre Glaubwürdigkeit für die Zukunft. Ergebnis dieser Dynamik ist das mittlerweile oft beobachtete Phänomen, dass die Konfliktparteien nicht einmal mehr die Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Konfliktlösung erfüllen, nämlich eine direkte Kommunikation. Ohne Vermittler sind Verhandlungen oft nicht mehr möglich. Die wichtigsten Vermittler in Bolivien sind in der Regel die katholische Kirche und der Ombudsmann (*Defensor del Pueblo*), sowie vereinzelt internationale NGOs. Bemerkenswerterweise zählen die Kirche wie auch der *Defensor del Pueblo* zu den Organisationen, die in Bolivien die höchste Legitimität genießen, vermutlich aufgrund ihrer Staatsferne bzw. ihrer Rolle als *Watchdog*. Doch ihr Handlungsspielraum ist begrenzt: Im Rahmen der Konflikte können sie erst aktiv werden, wenn Vermittlung erforderlich ist. D.h. erst wenn sich aufs Neue die Unfähigkeit des politischen Systems beweist, Forderungen in sozial verträgliche Outputs zu verwandeln, treten diese Organisationen als letzte Instanz der Konfliktlösung auf den Plan. Damit ersetzen sie nicht die Rolle der Parteien, sondern machen nachdrücklich deutlich, dass Bolivien neue, verfassungsgemäße Formen der Interessenartikulation braucht.

Ausblick

Die Konflikte, die Bolivien in den vergangenen Jahren durchlebt hat, weisen zwei grundlegende Charakteristika auf. Einerseits entzündeten sie sich immer an konkreten Anlässen, sind also entsprechend der oben dargestellten Definition als *issue*-bezogene „realistic conflicts“ zu kategorisieren. Zum anderen konvergieren die den Konflikten zugrunde liegenden *Cleavages* dahingehend, dass die verschiedenen Dimensionen sich auf eine ethnische Gruppe konzentrieren – die *Indigenas*. Auch wenn die *Movimientos Sociales*, die sozialen Bewegungen, von den Gewerkschaften dominiert werden, so nehmen sie doch immer stärker die Züge einer indigenen Protestbewegung an: Der ethnische Bezug der Forderungen vor dem Hintergrund jahrhundertelanger Unterdrückung und Diskriminierung wird immer lautstarker formuliert. Die Einforderung wirtschaftlicher und politischer Rechte wird so mit einer zusätzlichen Dimension versehen, die eine Ablehnung vonseiten der Politik schnell als eine rassistisch motivierte Diskriminierung erscheinen lässt, die sich politisch kaum zu rechtfertigen ist. Dabei gewinnen die *Movimientos Sociales* ein ungeheures Druckpotenzial, was paradoxerweise nicht einer Durchsetzung ihrer Forderungen dient. Das

Druckpotenzial leitet sich daraus ab, dass sie immer radikalere Forderungen mit meist makroökonomischen Implikationen äußern (wie etwa die Nationalisierung der Gasindustrie), deren Erfüllung selbst bei (nicht immer vorhandenem) gutem Willen vonseiten der Regierung nicht möglich ist, da der Staat nicht über die notwendigen Mittel verfügt. Im Falle der Nationalisierung der Gasindustrie etwa widersetzte sich Carlos Mesa bis zum Schluss einer Unterzeichnung des Gesetzes, weil er vorab angedrohte Schadenersatzforderungen der betroffenen Unternehmen fürchtete. Bolivien hätte solche Forderungen nicht erfüllen können, was sich negativ auf seine Kreditwürdigkeit auf den internationalen Kreditmärkten ausgewirkt hätte. Auch hätte das Land mit zunehmendem Druck durch den IWF rechnen müssen, auf dessen Gelder es zur Konsolidierung seines Haushaltes angewiesen ist. In der Rhetorik der Demonstranten tauchen solche Kausalitäten nicht auf, es sei denn, im Rahmen einer lautstarken Ablehnung der „neoliberalen“ Politik von IWF und Weltbank.

Die Logik einer sich immer weiter drehenden Eskalationsspirale mit letztlich nicht erfüllbaren Forderungen sorgt mithin zwar für eine Schärfung des politischen Profils der indigenen Bewegungen, was sich nicht zuletzt in der Gründung zweier indigener politischer Parteien niederschlagen hat, die für viele Wähler innerhalb kurzer Zeit zu einer ernsthaften Alternative zu den traditionellen Parteien geworden sind. Eine Belebung des Parteiensystems durch die neue Konkurrenz ist dennoch nicht eingetreten, vielmehr laufen der MIP und der MAS Gefahr, sich der kooptativ-klientelistischen Kultur des Parteiensystems anzupassen. Auch müssen sich die Parteiführer Quispe und Morales entscheiden, welche Rolle sie übernehmen wollen: die eines Parteichefs bzw. Parlamentsabgeordneten oder die eines außerparlamentarischen Oppositionsführers. Beide Rollen widersprechen sich.

Die politische Entwicklung ist noch völlig offen: Im Augenblick erscheint es eher unwahrscheinlich, dass die im Herbst stattfindenden Neuwahlen von Präsident und (vermutlich) auch Parlament mit einem Referendum über die regionale Autonomie der Departamentos Santa Cruz und Tarija verbunden werden. Gleichzeitig wird sich die Lage solange nicht nachhaltig beruhigen, bis über eine verfassungsgebende Versammlung entschieden worden ist. Diese allerdings ist mittlerweile rhetorisch völlig mit Erwartungen überfrachtet und soll nicht nur einer ausgewogeneren Repräsentation der verschiedenen Ethnien dienen sondern gleichzeitig die ökonomischen Probleme

des Landes lösen. Solche Erwartungen können nur enttäuscht werden. Sollte sich die Spirale der Proteste aber weiter drehen, wobei abzusehen ist, dass die Forderungen immer radikaler werden, so wird Bolivien für das internationale Kapital noch unattraktiver, als es ohnehin schon ist. Dies könnte fatale Folgen haben. Aufgabe der Führer der indigenen Organisationen wie der Gewerk-

schaften sollte es sein, im Dialog mit der Politik einen sinnvollen und konsensorientierten Mittelweg zwischen radikalem Marktliberalismus und einer Renationalisierung der Gasindustrie zu finden. Im Augenblick scheinen aber weder die Parteien noch die sozialen Bewegungen an einem ernsthaften Kompromiss interessiert zu sein.

Autorennotiz:

Tangmar Marmon; Politologe. Studium in Mainz, Glasgow und La Paz. Praktikum bei der Friedrich Ebert-Stiftung in La Paz (während der Oktoberunruhen 2003), verschiedene Consulting-Tätigkeiten für die Friedrich Ebert-Stiftung in La Paz sowie die *Delegación Presidencial Anticorrupción* des bolivianischen Staates.

E-Mail: t.marmon@gaia.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Lektorat und Produktion: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iik@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

LATEINAMERIKA ANALYSEN

Nr. 11
(im Erscheinen)

Themenschwerpunkt:
Interdependenz und Macht in den Amerikas

Nähere Informationen, Abstracts und ausgewählte Volltexte im Internet:
www.duei.de/iik/lateinamerika-analysen/

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8, 20354 Hamburg

Tel. 040/41 47 82 27 - Telefax 040/41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de - Internet: <http://www.duei.de/iik>